

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt

Amstliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.

Geschäftsstelle: Dudenbergstr. 11. Fernsprecher 125. — Postfachkonto 1
Schriftleitung: Dudenbergstr. 4. Fernsprecher 3875.

Einzelgenbreite: Im Verbreitungsbezirk 60 Vg., Familienanzahl 40 Vg., Stielengellänge 35 Vg., anherbal 60 Vg., 1 mm Höhe und 3 mm Spaltenbreite; im Wellenmittel, 7 mm Spaltenbreite, 1 mm Höhe 250 Vg. Für die Aufnahme von Anselnen an vorderen (schlechten) Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Bellaugenzeit nach Meeresniveau. Bei ungewöhnlicher Belichtung der Einzugsgebühren wird Plage oder in besonderen Fällen wird der bewilligte Aufenthalt kürzert. — Annahmefrist von Anselnen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Die Pläne der „Finanzfachver ständigen“ in London.

Leut Daily Mail nimmt man an, daß die Finanzfachverständigen übereingekommen seien, daß Deutschland in der Lage sei, die Januar- und Februar-Rate zu bezahlen. Die Sachverständigen berieten laut Daily Mail gestern mit Dr. Rathenau, der ihnen einen Bericht über die augenblickliche Wirtschaftslage und die Hilfsquellen Deutschlands unterbreitet habe. Daily Mail zufolge gewinnt die Ansicht Boden, daß die französische Lösung, für das Finanzchaos Deutschlands durch die Ernennung einer fiskalischen Kommission, die mit Vollmachten ausgerüstet ist, als eine Art von beweglichem Staatsverwalter für Deutschland zu handeln, eine der Maßnahmen sein werde, die die Premierminister dem Obersten Rat unterbreiten werden.

Auch der posttische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ merkt, es heiße, daß die britischen und die französischen Sachverständigen zum Schluß gekommen seien, daß Deutschland die nächsten Reparationsraten zahlen könne und müsse. Deutschland habe, wie die „Westminster Gazette“ sagt, eine letzte Goldreserve von 50 Millionen Pfund und anheimend 1/200 der Januar- und Februarraten aus dieser Liquidität begahen. Laut „Westminster Gazette“ hat es ihnen den Anschein, daß die britische Regierung nur ihren Anspruch auf die 50 Millionen Pfund Sterling der Reparationskommission verzichten will.

„Westminster Gazette“ merkt im Gegenzug zu „Daily Mail“, daß Dr. Rathenau noch nicht zu den Erörterungen hinzugezogen worden sei.

Die „Times“ berichtet, die allgemeine Erörterung der europäischen Wirtschaftslage, zu der Irland ursprünglich von Lloyd George nach England eingeladen worden sei, sei überschattet worden durch das unmittelbare Problem der deutschen Reparationen. Laut „Times“ ist nicht bekannt, wie die englische Regierung sich zu der Ansicht der Franzosen, daß die Entfaltung einer Finanzkontrollkommission nach Deutschland notwendig sei, stelle. Es könne jedoch erwartet werden, daß England nur nach genauer Überlegung und nur wenn die unbedingte Notwendigkeit dafür erwiesen ist, der Schaffung neuer Kommissionen zustimmen würde. In einschneidenden finanziellen Kreisen Deutschlands werde unabdingter Einwand gegen die sogenannte Dittomanisierung Deutschlands geltend gemacht. Der Times zufolge wird allgemein angenommen, daß eine Ermäßigung der deutschen Gesamtverschuldung beabsichtigt ist. Die Anteile, die unter dem neuen Plan den einzelnen Mächten zufallen werden, bilden jedoch noch Gegenstand der Erörterung zwischen den französischen und britischen Sachverständigen. Die ersten von den französischen Sachverständigen unterbreiteten Vorschläge seien, wie angenommen werde, von den Engländern als abwegig bedingt angesehen worden. Daher sei Bericht wieder zurückgewiesen worden und heute von neuem unterbreitet worden. Laut Times finden Vespörungen zwischen Lloyd George und Soucheu statt, die die Ratifizierung Finanzabkommens vom 13. August durch Frankreich und des Wiesbadener Abkommens durch England zum Ziele haben. Bisher seien diese Erörterungen noch nicht mehr gut fortgeschritten. Sämtliche Kommen werden von den Vorschlägen betreffend Waratorium berührt.

Laut Morgenpost suchen die Bremfermitten nach einem Auswege aus der Saadgasse, die die Erklärung Deutschlands geschehen wurde. Es liegt nicht in der Lage sei die nächste Reparationsvoll zu bezahlen. Es scheint, daß die Erklärung Deutschlands von britischer als durch die tatsächlichen Umstände gerechtfertigt angesehen werde, denn die Mitglieder der Reparationskommission als auch der Garankommision seien vor etwa einem Monat in Lin gesehen und hätten die Finanz- und Schatzlage Deutschlands eingehend geprüft. Die deutsche Regierung habe den Mitgliedern der Kommissionen erwidert, eine genaue Einsicht den gesuchten Stand der Dinge zu nehmen.

Eine Flaggentabelle des Deutschen Reiches

Die Reichsregierung übergibt der Öffentlichkeit als amtliche Bekanntmachung eine Flaggentabelle des Deutschen Reiches, in der folgende Flaggen aufgestellt sind: Die Nationalflagge schwarz-rot-gold; die Dienstflagge des Reichsbahnbetriebs zu Lande schwarz-rot-gold mit dem Reichsadler in der Mitte; die Reichspostflagge schwarz-rot-gold mit gelbem Posthorn auf dem gelben Streifen, blee Bandesflagge schwarz-rot-gold mit der schwarz-rot-goldenen Aufschrift Reichspost; die Dienstflagge des Reichsbahnbetriebs zu See schwarz-rot-gold mit dem Reichsadler auf goldernem Schild in der Mitte, die Reichsflottenflagge schwarz-rot-gold mit der schwarz-rot-goldenen Aufschrift Reichsflotte; die Dienstflagge der großen Eisernen Armee in der Mitte und die Standards der Reichspräsidenten, die den Reichsadler auf gelbem Grund in roter Einrahmung zeigen. Bei zukünftiger Stelle erfahren wir zu der Beschreibung der Flaggentabelle; nachdem durch die Unterscheidung am Reichsadler die Flaggenfrage erleichtert

Das Urteil im Leipziger Hochverratsprozeß

von Jagow zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt.

TU. Leipzig, 21. Dez. Im Jagow-Pro-
zeß wurde heute nachmittag 4½ Uhr vom Reichs-
gericht das Urteil gesprochen:

Der Angeklagte von Jagow wurde zu 5 Jahren Festungshaft und zur Tragung der Kosten verurtheilt. Gegen die Angeklagten von Wangenheim und Dr. Schiele wird das Verfahren eingestellt. Die Kosten werden der Staatskasse auferlegt.

Eine Begründung des Urtheils liegt uns bei Auffassung dieser Zeilen noch nicht vor. So viel können wir aber jetzt zum Prozeß selbst feststellen, daß es sich nur um die Frage handelt, ob die Angeklagten von Jagow, Wangenheim und Schiele als Mittäter, als Eingeweihte vor dem Ruch der Ruchschuld verantwortlich sind. Als Angefallene Staps wird von der sie der Anklage unterliegen. Das Gericht hat anheimend diese Frage bei von Jagow bejaht, bei den übrigen Angeklagten verneint. Diese Ausführungen sind rein juristischer Natur. Zu einer weiteren Stellungnahme wollen wir schweigen, bis die Urteilsgründe vorliegen.

So viel können wir jedoch schon heute sagen, daß es für die Angeklagten einen viel günstigeren Eindruck im deutschen Volke gemacht hätte, wäre hinter die advocatorische Verleumdung eines Göttinger Studenten die That der That gefolgt, daß man hätte wissen lassen, daß ein Mitglied des Reichstages sich durch einen Mißthaten-Kappp hingestellt und der verdienstlichen Strafe in das Auge zu schauen. Neben dem Kappp-Rußch selbst und seine Bemerkung warlen wir uns nicht weiter auslassen. Unsere Stellungnahme aber, den Kappp-Rußch für Verleumdung und Wadnfluch zu gleicher Zeit zu halten, wird immer noch nicht die Verechthigung in sich, daß

die fiegretchen Aufwiegler vom November 1918 be-
rechtigt sein sollten, den Hochverratsparagrafen
für sich in Anspruch zu nehmen. Wir bedauern
den Verurteilten von Zagaw, der sicherlich
nichts Unehrenwertes begangen, ohne für ihn
und seine Tat die geringste Sympathie zu bezeugen.
Wir geben weiter unserem lebhaftesten Bedauern
darüber Ausdruck, daß die eigentlichen Kämpfer
dieses Rufes, Kapp und von Kuitritz, es
bisher vorgezogen haben, im Auslande ihre Tage
zu verleben, ohne mit freiem Manneswort für
ihre Taten einzustehen.

Darüber hinaus stellen wir aber auf Grund des Verhandlungsberichtes des Prozeßes von Janzow und Genossen fest, daß dieser Prozeß in klarer Weise erwiesen hat, daß die damalige Regierung in einer so kläglichen Verfassung war, daß sie gewissermaßen direkt zu einem Aufstand herausforderte. Wir stellen weiter fest, und zwar auf Grund des einwandfreien Verhandlungsberichtes, daß die damalige Regierung aus egoistischen, parteipolitischen Gründen als verfassungswidrige aufzuheben war, und daß erst der Rapp-Butich veranlaßte, daß wir auf Grund der Weimarer Verfassung, so etwas wie verfassungsmäßige Zustände erstellten.

Aus dieser Feststellung ergibt sich, daß von allen Spekulationen der Sozialdemokratie, diesen Brezch dem Bürgertum, d. h. den nicht sozialdemokratisch gesinnten Kreisen, an den Schoß zu häften, als verfehlt angesehen werden müssen. Wir haben bereits an der Hand der einzelnen Verhandlungsberichte zu diesem Prozeß Stellung genommen. Eine weitere Stellungnahme behält wir uns noch vor.

Der 9. November.

w. Braunshweig, 21. Dez. Die Landesversammlung hat mit 20 Stimmen der Linken gegen 37 Rechten beschloffen, den 9. November als gesetzliche Feiertag zu erklären und den Bußtag als gesetzlichen Feiertag aufzuheben.

Die Kartoffelverteilung.

Wie gemeldet wird, finden gegenwärtig Verhandlungen der Landwirtschaft, des Gewerkschaften und Konsumvereine zur besseren Regelung der Kartoffelverteilung im Gange. Zweck der Verhandlungen ist vor allem, den Speculantenhandel zu beseitigen.

Rosa Luxemburg.

Am Sommer 1918 hat Rosa Luxemburg Sieg der Bolschewisten in Rußland und seine tatsächlichen Auswirkungen kritisch untersucht. Sie ließ dabei von rein marxistischen Erkenntnissen ab, d. h. sie prüfte die Auswirkungen an Voraussetzungen des Marxismus. Rosa Luxemburg hat diese Kritik nicht mehr selbst veröffentlichen lassen, sondern nurmehr Paul Levi, der auch eine Zeit lang urteillos und unfehlbar die Worte der Bolschewisten hertief. Einweilen sind links- und rechtssozialistischen Presse die Ausführungen zur Verfügung gestellt worden. Diese habe ich grundräßig dazu aus, um den „Moskauer Ost- und Westeuropäer am Zeuge zu stellen.“ Ich schließlich eine sozialistische Hausangelegenheit, inwiefern, was Rosa Luxemburg sagt, ist nicht Wertloses heute nicht mehr. Aber sie hat im Sommer 1918 erkannt, daß die bolschewistischen Kräfte der Bolschewisten nichts mit Sozialismus und Demokratie zu tun hatten und haben. die unabhängigen sozialistischen Zeitungen Luxemburgs Ausführungen besonders ausschlaggebend von wenig Selbstkritik. Gerade die unabhängigen waren es, die das bolschewistische Wort in Deutschland nachahmen wollten, sie sich zu republik und ähnlichem Unfug betannten. Was Luxemburg den Bolschewisten vorwirft, ist in Hauptsache, daß die Befestigung der Demokratie schämler sei, als das Uebel, wozu die Befestigung steuern sollte. Freiheit nur für die Anhänger der Regierung sei keine Freiheit! darin irrt Rosa Luxemburg, daß der Bolschewismus nur durch die unfertigen wirtschaftlichen Zustände in Rußland und durch falsche politische Einfühlung der kommunistischen Partei zu einem Verbrechen worden ist. Das eine wie das andere ist unermeldliche Folgerung des marxistischen Nihilismus überhaupt.

20 Millionen Dollars für die Hungerleidenden Rußlands.

London, 21. Febr. Aus Washington wird gemeldet: Der Senat hat den bereits vom Repräsentantenhaus genehmigten Gesetzentwurf angenommen, durch den 20 Millionen Dollars zur Unterstützung der Hungerleidenden in England bewährt werden.

Die Steigerung der Kohlenpreise.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Die „Bergarbeiterzeitung“, das Organ des freien Bergarbeiterverbandes, hat in einer ihrer letzten Nummern nachgewiesen, daß eine Erhöhung des Schichtlohnes um 10 Mark für Bauer eine Kohlenpreiserhöhung von mindestens 20 Mark je Tonne bedeute. Nun ist eine Lohnerhöhung eingetreten, und zwar rückwirkend vom 1. November ab in durchschnittlicher Höhe von 27—300 Mark. Vor dem Kriege bezug die Kohlenförderung pro Mann und Schicht fast eine Tonne Kohlen. In den Kriegsjahren, als die Hungerlöhne eine auszehrende Ernährnng der Bergarbeiter unmöglich machte, sank die Durchschnittsleistung auf 0,75 Tonnen. Die Förderleistung fiel dann während der bolschewistischen Wirren weiter, hob sich später allmählich wieder und beträgt jetzt rund 0,6 Tonnen Mann und Schicht. Daß sie nicht höher ist, ist daran, daß die Zahl der Bauer nicht in dem Maße gestiegen ist, wie die der mit unproduktiven Arbeiten beschäftigten Leute. Eine weitere Ursache ist die Schichtverkürzung auf sieben Stunden. Es muß anerkannt werden, daß die Leistung der Bauer pro Arbeitsstunde die der Friedensjahre nicht erreicht haben ist. Daß sie nicht höher ist, obgleich die Ernährungsverhältnisse wesentlich gebessert haben, die technischen Mängel infolge des Kriegswirtschafts behoben sind, beweist, daß die Forderung, in der Siebenstundenschicht werde voll gearbeitet, als in der früheren Achtsstundenschicht wenig fruchtbar. Es trat trotz Beschäftigungsvermehrung ein Rückgang der Gesamtförderung ein. Wolte man dem rabiaten Verlangen nach Einführung der Sechstundenschicht nachgeben, so würde der Rückgang noch erheblicher sein, geradezu katastrophal wirken. Eine dritte Fördererschicht einzulegen, ist technisch unmöglich; denn dann muß die Zahl der Arbeiter um weitere 250 000 vermehrt werden. Woher will man die erforderlichen Bauer nehmen? Wie will man die Leute unterbringen? Wie gewaltig würden dann die Kohlenpreise infolge der Notwendigkeit, für den Bau von Wohnungen ausreichende Mittel bereitzustellen zu sein, abermals steigen!

Der Hauerbuddschichtlohn betrug 1914 80 Pfg. pro Schichtstunde. Heute beträgt er 17 Mk.; bei der Sechsstundenschicht würde er mindestens 20 Mark die Stunde steigen. Dazu zu berücksichtigen, daß sich dieser Lohn auch bei der Zeit erstreckt, die für Ein- und Ausfahrt, Bereitungen zur Inangriffnahme der eigentlichen Kohlengewinnung usw. entfällt. Früher arbeitete der Hauer effektiv vor Kohle 7 Stunden, bei 5½ Stunden, bei der Sechsstundenschicht waren nur 4½ Stunden reine Hauerarbeit verbleibend. Kohlengewinnungsstunde wurde also 1914 mit Pfg. etwa befaßt, heute kostet sie 22 Mk., bei Sechsstundenschicht würde sie aber 26,60 Mk. betragen. Will man einen Schiffsall finden für die Höhe der Kohlenpreise, dann darf man auf die Zahlen nicht vorübergehen. Noch höher als die Kohle sind die Materialkosten gestiegen. Eisen und Holz und Getreide sind noch mehr vervielfacht. Die Instandhaltung der Anlagen, die Beschaffung von Ausrüstungen, Maschinen, Werkzeugen, erfordert ganz immense Summen. Es zeigt sich eben das typische Bild: erhöhte Kohlenpreise, teure Herstellung von Maschinen, die Vervielfachung der Kraft, der Prozeß vom Rohmaterial zum fertigen Erzeugnis wird mit jedem Tag teurer. In der Kette kostspieliger. So geht es allen Erzeugnissen der Industrie, und selbst der Landwirtschaft muß für Stickstoffdünger, Düngemittel usw. höhere Preise zahlen, wodurch auch die Erzeugung von Lebensmitteln sich verteuert.

Im Kriege hat man aus Gründen der nationalen Verteidigung darauf gehalten, die Lebenspreise wie auch die Getreidepreise niedrig zu halten. Nun beide gewaltig gestiegen, ist es natürlich die Lebenshaltung zwangsläufig verteuert. Die Soldaten spüren heute alle Krise. Es muß her einiges Befremden erregen, als bei den Tarifverhandlungen im Bergbau, die im November Berlin stattfanden, der Reichsarbeitsminister ohne weiteres die Zustimmung zu einer Lohnerhöhung und zu einer Preiserhöhung gaben in dem von den Arbeitnehmern gewünschten Ausmaße. Eine Schlichtungserhöhung um 20 Mark hätte vollkommen die Verteuerung der Lebenshaltung auszugleichen. Für alle Verbraucher von Kohle würde die Preiserhöhung nicht so fühlbar geworden sein. Den Bergleuten, die ihre Einkommen weiter vergrößern wollten, war Gelegenheit gegeben, das zu tun. Sie konnten an einigen Tagen in der Woche

Bodumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)
Bochum, 22. Dez.

போதுமா, 22.

Der Schüler und Studierende in selbstständiger Lebensstellung auf der Eisenbahn.

ki. Nach den bis zum 1. Juli 1921 in Geltung gebliebenen Bestimmungen genossen Schüler und Studierende auf der Eisenbahn allgemeinen und Vergünstigung der Schülerfahrkarte, die eine Ermäßigung um die Hälfte des Fahrpreises gewährt, indem sie in Personenzügen die Hin- und Rückfahrt zum Schulort oder zum Heimort zum einfachen Fahrpreis ermöglicht. Diese Vergünstigung ist mit dem genannten Tage aufgehoben worden, soweit sie Leuten in selbstständiger Lebensstellung zugute kam; diese Kategorie Fahrgäste ist also durch die Fahrpreiserhöhungen vom 1. Juli und 1. Dezember in ganz außergewöhnlicher Weise betroffen worden und erfährt durch die für den 1. Februar 1922 geplante neue Tarifierung um 75 Proz. eine Welsung, die ganz unerträglich sein und das Bildungsstreben weiter kreise einfach erschweren wird. Letzterer scheint uns doch ein Gesichtspunkt zu sein, der zur Umkehr auf diesem Wege mahnt. Die in Betracht kommenden Kreise der Gebildeten und nach Bildung Strebenden sind fast ausnahmslos von der Steuerung mit am härtesten betroffen, trotzdem aber zu erheblichen Opfern an Zeit und Geld bereit, um an der nächstgelegenen Universität oder sonstigen Hochschule ihr Wissen zu vervollkommen; ferner handelt es sich um Besucher von Konserthallen, Maschinenbau- schulen, Bergschulen usw. Es ist doch nur zu begrüßen und mit allen Mitteln zu fördern, daß sich immer noch viele finden, die sich für die Mitarbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes rufen wollen, statt auf die Wohlhause der Ungelernten zu spekulieren. Diese Kreise beanspruchen die Wiedergewährung eines Rechtes, das man ihnen seinerzeit mit einem leichten Federstrich genommen hat, wohl ohne recht die Folgen zu bedenken. Im übrigen mag die Schülerkarte selbsthin so alle die Preisermäßigungen prozentual mit, sodag umsomehr einwartet werden darf, daß die Wünsche der Selbstbildenden demnächst berücksichtigt werden.

Bergarbeiter-Versorgung, Reichsarbeits-
minister und Preistreibeiverordnung.
Aus Kreisen der vereinigten Kaufmannschaft
a. B. wird uns geschrieben:

Ende November dieses Jahres ging die Bergarbeiter-Versorgung G. m. b. H., die als Treuhänderin des Geldes mit dem Vertrieb der ursprünglich für die Bergarbeiter beischafften Textilien und Schuhwaren betraut ist, dazu über, die Wohnprekäre dieser Waren, die im Einzelhandel, Konsumvereinen und Werkstätten anfallen abgelegt werden sollten, um 2, bis 30 Prozent plötzlich zu erhöhen. Auf eine Beschwerde des Einzelhandelsverbandes für Rheinland und Westfalen, Sitz Düsseldorf, bei der Hauptgeschäftsstelle der Bergarbeiter-Versorgung G. m. b. H. in Hamburg erhielt dieser eine Mittheilung, aus der wir folgendes wiederzugeben:

„Was nun die gemachten Ausführungen anbelangt, so möchten wir wiederholt betonen, daß wir auf die Presse selbst und etwaige Erhöhungen keinen Einfluß haben. Diese Angelegenheit untersteht, wie Ihnen bekannt, dem unter dem Vorsitz des Herrn Reichs- und Staatskommissar Mehrlich gebildeten Preis- ausschusses. Dieser ist dem Reichsarbeitsministerium gegenüber verpflichtet, die Verkaufs- preise der jeweiligen Konjunktur anzupassen, damit eine für das Reichsarbeits- ministerium bestimmte Vergütung erzielt wird. Da die Waren von den Geschäftsebenen für seine Rechnung übernommen worden sind, haben wir keinen Einfluß auf die Abgabepreise an Verbraucher. Es ist daher anzunehmen, daß diese sich jeweils der herrschenden Konjunktur anpassen werden, besonders da die einzelnen Ge- schäfte doch nicht nur unsere Waren, sondern auch von Fabrikanten bezogene Artikel gleich- zeitig verkaufen.“

Es ist außerordentlich erfreulich, festzustellen, daß ein solch gesunder kaufmännischer Geist in das Reichsarbeitsministerium eingezo gen ist. Es wird nun eine dauerhafte Verrückung des Einzelhandels sein, dafür Sorge zu tragen, daß ihm die gleichen Rechte zu gestanden werden, wie sie das Reichsarbeitsministerium für sich in Anspruch nimmt.

**Vor einer allgemeinen Einschränkung des
Straßenbahnverkehrs.**

Die Folgen des neuen Lohntarifs. — Vollständige Stilllegung von Bahnen wahrscheinlich. — Bevorstehende Fahrpreiserhöhungen um etwa 50 Proz.

kl. Die Lohnbewegung im Straßenbahnbetriebe ist bekanntlich am 15. Dezember durch ein Gruppengesuch abgekommen (Gruppe Dortmund-Essen-Iserfeld) zwischen den Arbeitgebern und den Gewerkschaften beendet worden. In diesem Abkommen haben — so wird der Korrespondenz-Industriegebiet geschrieben — die Gewerkschaften nachträglich den bisher abgelehnten Gewerkschaftsplan vom 14. November mit späteren Zusätzen angenommen. Die jetzt zu Ende gekommenen Verhandlungen waren im Vergleich zu fast ganz ungewöhnlich schwierig, denn die Lohnverhandlungen folgten wie auch in der übrigen Industrie in sehr kurzen Abständen. In denselben Abständen mußten die Fahrpreise der Straßenbahnen gleichfalls erhöht werden. Daher kommt es, daß die Abwanderung des Publikums infolge der Fahrpreiserhöhung nicht aufgehört hat. Die Folge war ein Einkommen der Einnahmen der Straßenbahnen im Verhältnis zu den Ausgaben der Löhne um. Bei der letzten Lohnverhandlung waren sich die Arbeitgeber darüber klar, daß bisher und wahrscheinlich auch für die nächste Zeit keine Deckung vorhanden ist. Wenn sie trotzdem die erhebliche Lohnerhöhung um fast 25 Proz. bewilligt haben, so trugen sie damit den wirtschaftlichen Verhältnissen und der allgemeinen Lohnbewegung Rechnung. Aber ist selbst bei dieser Sachlage jeder Versuch der Arbeitgeber, angesichts der finanziellen Notlage der Straßenbahnen das Personal zu höherer Arbeit zu

Gastwirtegewerbe und Umsatzsteuer.

Eine Kundgebung gegen die Sonderbesteuerung der Wirte.

Am Montag nachmittag kamen die Vertreter von 16 großen Verbänden bezw. Unterverbänden des Galthaussengewerbes in Münster zusammen, um in einer im „Berliner Hof“ tagenden Massenversammlung gegen die anläßlich der Erhöhung der Umlagesteuer geplante Dreiklasseneinteilung des b. Galwirts- und Hotelgewerbes und die damit verbundene hohe Sonderumlagesteuer Einspruch zu erheben.

Als erier Redner richtete Dr. Knabmann, der Smilbus des Verbandes der Postbesitzerwerke des Reichslands, eine scharfe Anklage gegen die staatliche Wirtschaftspolitik gegenüber dem Wirtsegewerbe, schilderte die Miße des Wirtsestandes während der Zwangswirtsechaft, die polizeilichen Uebergriffe hinsichtlich der Fremdenkontrolle und der Polizeistunde. In steuerlicher Beziehung habe man sich gegenüber dem Gastwirtsegewerbe bisher nicht mit Strupeln beschwert. Den Gipfelpunkt der Unvollständigkeit gegen das Wirtsegewerbe stelle die besaßtschlechte Dreifachseinstellung und die Umsatz-Sonderbesteuerung dar. Dr. neue Dreifachseinstellung fordere von dem Wirtse 20, 10 bezw. 2½ Prozent Umsatzsteuer. Alle Betriebe, in denen Wein verkehrt würde, sollen ohne weiteres der zweiten Klasse zugeteilt werden. Redner schilderte eingehend das Bedenkliche einer solchen Ausnahme-Steuere. Seitens des Reichsefinanzministeriums sei darauf hingewiesen worden, daß diese Steuer

unter dem Druck der Entente
eingebraucht worden sei, weil auch in Frankreich
und Italien eine solche Steuer bestünde. Tatsäch-
lich hätten die betreffenden Regierungenstellen die
analogen Steuern in Frankreich und Italien gar
nicht subtrahiert. Im übrigen sei es gar nicht schwer,
50 Millionen Mark durch Erhöhung der Sektsteuer
und Weinsteuer (auf 25 Proz.) aufzubringen. Diese
Steuer käme ohne großen Apparat ein. Erfren-
lichweise sei die Dreiklassensteuereinteilung und da-
mit die Sondersteuer in der 1. Befugnis der Ausfüh-
rungsabteilung abgelehnt worden. Aber es machten
sich Vorkommnisse geltend, diese Sondersteuer den
Gemeinden zu überlassen. Dann würde die

Steuer noch viel schlimmer. Mit der Klassifizierung werde dann auch eine Klassifizierung der Bürger eintreten.

Der Vorstehende händerte verlas alsdann eine große Zahl Telegramme, von denen u. a. die aus Meinenabr, Bad Bertrich, Bad Springe insbesondere auf die

Gefährdung des Ansbetriebes

durch die Sondersteuer hinwiesen. — Der Vorsitzende des Verbandes der Hotelbesitzervereine Deutschlands Hotelier Rottke-Hannover betonte in einem weiteren Referate, daß sämtliche Handelskammern Deutschlands, an die man sich gewandt habe, die Sonderbelastung des Gasthausgewerbes als unerträglich abgelehnt haben. Man veruche, hier den Luxus zu fassen, betonte sich aber auf völlig falschem Wege. Das Gesetz sei lediglich auf die geheimen Schlemmerkstätten in Berlin zugeschnitten. Redner erklärte, daß man in Reichskriegsministerium die entsprechenden Gesetze in Frankreich und Italien gar nicht kenne. Der Vater des Bewanzen, die Sonderumsatzsteuer für die Gasthäuser den Gemeinden diebstahl zu machen, sei der Oberbürgermeister von Essen. Dr. Lufher, der beabichtigte, recht viel aus dieser Steuer herauszuschlagen, indem möglichst viele Betriebe in die 1. Klasse eingereiht werden.

Sobann teilte Reichstagsabgeordneter Dr. Hugo mit, daß die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gegenüber der geplanten Sonderbesteuerung der Birne zu einer Ablehnung im radikal ablehnenden Sinne gekommen sei. Man habe es hier mit einer

Krankheitsversicherung in unserem Gesellschaften
zu tun. Man müsse jede Steuer ablehnen, deren Ausführung lediglich in die Hand der Bürokratie gelegt werde. Die Einseitigkeit der Steuerbefreiung sei eine unbedingte Notwendigkeit zum Schutze der deutschen Volkswirtschaft. Für eine Einteilung des Gasthausgewerbes in drei Klassen sei heute kein Raum. Die Steuerbefreiungen sei nicht mal in der

leistung zu bewegen, auf schroffe Ablehnung gestoßen. Aus diesen Gründen ist für die nächste Zeit bei allen Bahnen eine Einschränkung des Betriebs bevor, um einigermaßen das Defizit zu vermindern. Wichtig ist, daß im Laufe der Zeit manche Bahnen überhaupt zum Erliegen kommen, d. h. zur vollständigen Stilllegung des Betriebes gezwungen werden.

Durch die Wohnverhöhung wird eine Verteuerung der Fahrpreise um etwa 50 Prozent notwendig, um die nun entstehenden Mehrkosten zu decken. Das bisher bestehende Defizit wird dadurch nicht vermindert. Ob aber die Fahrpreiserhöhung die erhofften Mehreinnahmen bringt, wird, scheint sehr zweifelhaft, wenn nicht das Publikum einsieht, daß die Erhöhung der Fahrpreise nichts anderes bedeutet als das Hinwegnehmen an die allgemeine Wohn- und Preisbewegung.

✕ In den Reichstag berufen. Frau Hedwig Hoffmann, Mitglied der deutschnationalen Partei, tritt an Stelle des verstorbenen Staatsministers a. D. Delbrück in den Reichstag ein. Frau Hoffmann gehört bekanntlich auch unserem Stadtdirektoren-Kollegium als Mitglied an.

ha. Neuerungen im Weltpostverkehr Der Weltpostverkehr verlor am 1. Januar eine Reihe von wichtigen Veränderungen durch die Einführung der neuen Weltpostvereinbverträge. Postlandsendungen müssen den Namen des Empfängers tragen. Buchstaben, Ziffern, Vornamen oder Bezeichnungen sind nicht zulässig. Briefe dürfen nicht mehr als 2 Kilo. wiegen. Für ein- oder zweifache Briefsendungen können jetzt Fernbriefumschläge verwendet und die Aufschrift mit Telexstift geschrieben werden. Auf Postkarten sind Aufklebungen zulässig, wenn sie aus Papier oder aus einem anderen dünnen

habe Hunderte von Millionen, die längst fällig seien, einzuziehen. Das Ergebnis der Umsatzsteuer seihe darunter, daß die Finanzämter nicht alle Steuerpflichtigen erfassen und soweit dies geschieht, diese nicht vollständig. Redner kann sich keine Steuer denken, die solch revolutionäre Wirkungen auf die Steuerpraxis ausüben werde, wie gerade die Sonder-Umsatzsteuer. Bei einer Klassifizierung der Geschäftsinhaber würden die Beamten geradezu behindert, wichtigere Steueraufgaben auszuüben. Es handelte sich hier um eine Beste vor der Strafe. Wenn hier der Versuch unternommen würde, Berlin und die Provinz über einen Stamm zu scheren, komme man zu ganz unmöglichen Zuständen. Wie stelle man sich die Klassifizierung in kleinen Städten vor. Eine Einteilung in die erste Klasse würde hier bald den Ruin der Betriebe bringen. Der Hinweis auf die Entente könne nicht maßgebend sein. Für den Ersatz einer solchen Steuer lasse sich

nirgendwo ein Recht konfirmieren.

Hr. Hugo führt dann eine Reihe soziale Gründe an, die zu einer Absehung der Steuer führen müßten, und ging näher auf den Kampf ein, der zwischen Regierung und dem Deutschen Städtetag um sie ausgeführt werde. Es sei daher ein absolut fehlerhafter Gedanke, den Gemeindesteuern mit einem derartigen Steuerobjekt helfen zu wollen. Den Gemeinden müsse in großzügiger Weise geholfen werden, nachdem das Reich ihnen die Einkommensteuer genommen habe. Man dürfe aber nicht ein i n Geberde vor die hungrigen Wölfe werfen, damit sie es auffressen.

Am Anschluß hieran gab der Vorsitzende Van-
der ein Telegramm des Reichstagsabgeordneten
Lange-Heegermann (Str.) bekannt, worin es
hieß, daß die Vertreter des Zentrums geschlos-
sen gegen die Sonderbesteuerung ge-
stimmt haben.

In der Aussprache waren besonders die Ausführungen eines Vertreters des besetzten Rheinlandes, des Syndikus des Verbandes rheinischer Hotels und Restaurants Schmidt-Köln bemerkenswert. Eine Sonder-Umsatzsteuer für das Gastwirtgewerbe werde angestrebt.

Stenerfreiheit der Besatzungstruppen
und deren Angehörigen geradezu forru pie-
rend wirken.

Endlich einigte man sich auf folgende Entscheidung, die dem Reichstag zugehen soll: „Die in Männer veranmalteten Vertreter des rheinisch-westfälischen Gastwirts- und Hotelgewerbes erheben die schärfsten Widerspruch gegen jeden Versuch, das Gastwirtsgewerbe durch steuerliche Maßnahmen einer letzten Endes willkürlichen und dadurch unerhörten Klassifizierung zu unterwerfen. Sie begründen deshalb mit Genugthuung die Erreichung des § 24 a bis c der Umsatzsteuervorlage durch den hier-Ausschuß des Reichstags. Sie richten an die Parteien des Reichstags das bringende Ersuchen, an dieser Stellungnahme bis zur Verabschiedung des Gesetzes festzuhalten und insbesondere das Verlangen des Städtetages, den Gemeinnden die Klassensteuer auf die Hotel- und Gastwirtsbetriebe zu überlassen, entschieden abzulehnen. Angesichts der notorischen Finanznot würden die Gemeinden die Sondersteuer bis zur Ausbänderung des mehrlosen Gewerbes ausüben. Das Hotel- und Gastwirtsgewerbe ist wie kein anderes mit hohen Sondersteuern überlastet. Es hat ein Recht darauf, daß es endlich wieder zur Ruhe kommt und seinen wichtigen, von den staatlichen Instanzen immer bekannten volkswirtschaftlichen Aufgaben nachgehen kann.“

Stoffe bestehen und der ganzen Fläche nach auf die Malsseite über den linken Theil der Vorderseite besetzt sind. Druckzügen dürfen 45 Lin., bei Rollenform 75 × 10 Lin. nicht überschreiten. Nicht mehr zulässig sind darin die Angaben in Einladungs- und Einberufungskarten; neu zugelassen ist eine handschriftliche Widmung auf literarischen oder künstlerischen Erzeugnissen u. s. w. Als Geschäftsbriefe gelten auch Schülerarbeiten. Verboten sind eine größere Zahl von Warenproben zur Umgehung der Zollgebühren, unzüchtige oder unsittliche Gegenstände u. s. w.

* **Gewerkschaftsschule.** Wir verweisen nochmals auf die Gewerkschaftsschule christlich-nationaler Arbeitnehmer heute (Donnerstag) abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Hellwegstraße 25. Näheres siehe Veranstaltungender.

II. Vorweihnachtsfreude in den Aßersheimen
Bodums. Das nahe Weihnachtsfest veranlaßte den jungen Schuchor des ed. Systems u. der Ortothraße auch bereit zu geben, die gerade in diesen Tagen so dankbar sind für einen Schimmer von dem Meer des Lichts, das göttliche Liebe der Welt zum Heile sandte. Man muß es gesehen haben, wie die Augen der Jugend leuchteten, als sie im rüchlichen Frauen- und Männerheim mit nur wenig Weihnachtsgefangen und Deklamationen zu viel Freude bereiten durften. Beiden Theilen, den Gebenden und Empfangenden, brachten die stillen Feiern eine Erhebung, deren sie sich gewiß gern erinnern werden.

b. **Von Brenzede.** Die hiesige Jugendabteilung der Ortsgruppe der Deutschen Volkshochschule feierte Sonntag das erste Fest im Vereinshaus Brenzede. Diese erste Veranstaltung war durchaus gelungen, und jeder der zahlreichen Besucher ist mit dem Bewußtsein wieder heimgegangen, erste und frohe Stunden in der angenehmen Weise verleben zu haben. Einnahme der Darbietungen reichten von leichter Vorbereitung.

Aus der reichen Fülle des Gebotenen sei hier nur der gut einstudierte Melgen und das dreitägige Weihnachtsspiel herausgehoben. Die Begrüßungsworte des Vorsitzenden S. Weßlingfeld unterstrich der Vertreter des Hauptvorstandes in seiner Festrede besonders. Nach einer eingeleiteten Würdigung des Weihnachtssfestes fand die Festrede nach der Schilderung der geistlichen Augenblicklichen Lage des Vaterlandes warme Gruß-, Dank- und Aufmunterungsworte an die Mitglieder der Jugendgruppe.

☞ Einen eigenartigen Stempel drückte die Post gestern mittag den abgehenden Postwagen aus: Er lautete: 21. 12. 21. 1—2 n. Das Zahlengestirn ist nicht nur merkwürdig, weil es aus 4 mal eins und 4 mal zwei besteht, sondern, es ist auch auffallend so anelandsbergergest, daß je ein gleiches Zahlenpaar, also die 11 oder 22 von der jeweils anderen Zahl eingeraubt wird; man betrachte darauf hin den Stempel genau.

tho. Der Haus- und Grundbesitzerverband für den Mühlrothenbezirk befaßte sich in einer in Eßsen abgehaltenen Tagung mit dem Nachschuttelege und mit dem Vorschlag für die Mieteneinigungsämter, die als vollkommen unannehmbar bezeichnet wurden, weil sie anstelle eines allmählichen Abbaues die Zwangswirtschaft in verstärktem Maße fortsetzten. Grundsätzlich wurde gefordert: die Wichtigtstellung der Grundmiete, Befristung des Nachschutteleges, grundsätzliche Anerkennung der Vertragstfreiheit, Ablehnung aller Sozialisierungsbestrebungen und Fortfall der Mieterräte. Die Hausbesitzer erwarten, daß die bürgerlichen Parteien reiflos für diese Forderungen eintreten, weil sie Lebensnothwendig sind.

b. Diebeszügen in Brenschede. Die Schloßwirtschaft wurde vor wenigen Nächten von Dieben heimgesucht, wobei ihnen für einige Tausend Mark Wase ausfiel, in der Hauptsache Wirtschaftartikel. Es können nur mit der Dertlichkeit völlig Vertraute in Frage kommen, denn nur die Befähigten waren erbrochen, die wertvolle Waren enthielten. Eine besondere Frechheit haben die Diebe an den Tag gelegt, die an unserer Grenze das Geschäft der Wunde Deussen heimgesucht haben. Sie benutzten das Verlegen der Ladekasselle dazu, abends zwischen 7 und 8 Uhr auf Estrümpfen in den Laden zu gelangen und holten um diese Zeit neben anderen kleineren Fleischwaren ein vollständiges Hinterbierle einer Kuh aus dem Laden. Sie zogen damit in aller Ruhe los und ließen sich auch nicht durch Postanten hierin stören, die laut ihrer Verwunderung darüber Ausdruck gaben, daß zu dieser Jahres- und Tageszeit auf Estrümpfen Fleisch fortgeschafft wurde. Die Frechheit war so groß, daß kein Mensch unter diesen Umständen an einen Einbruchdiebstahl dachte. Dabei lag die Familie direkt neben dem Laden in der Küche.

Polizeibericht. Durch Einbruch wurde geschloffen aus einem Keller in der Grensfeldstraße gestohlen. — Ferner sind gestohlen worden: einem Mann in der Josefstraße ein Geldbetrag, aus einem Zimmer in der Stoßelstraße eine Taschenuhr, aus einem Kassein in der Hochstraße ein Palato, auf der Serberge einem Mann eine Taschenuhr. — Zur Anzeige gelangten: eine Person wegen Sachbeschädigung, drei Personen wegen Körperverletzung, eine Person wegen Bedrohung, eine Person wegen Hausfriedensbruchs und zwei Personen wegen Unterschlagung. — Festgenommen wurden zwei Personen wegen groben Unfugs; zwei Personen wegen Einbruchsdiebstahls und eine Person auf Grund Haftbefehls. — Am 19. 12 gelang die Festnahme zweier Männer, die in der Gr. Poststraße einen Einbruchsdiebstahl verübt hatten. Sie waren in der Mittagszeit mittels Dietrich in ein Gefäßstallat eingedrungen und hatten die Ladenkasse beraubt. Sie wurden verhaftet, festgenommen und dem Polizeigefängnis zugeführt. Es handelt sich um die schon wiederholt und ebenfalls vorbestraften Enad Lange mann und Josef Giombia, die schon lange nicht mehr gearbeitet haben. Auf ihr Konto dürften die in letzterer Zeit in ähnlicher Weise verübten Einbrüche zu buchen sein. — Durch Einbruch wurden geschloffen: aus der städtischen Badeanstalt ein Filzgewicht (50 Kg.); aus einem Keller in der Ottostraße Porzelen und Pfeffer; aus einem Maschinenraum des Bochumer Vereins verschiedene Werkzeuge. — Ferner sind gestohlen worden: in der Rottstraße ein Brillantstolker; auf dem Vennerslag ein Handblettermagazin; in Weltmar, Wasserstraße, ein Hochhafen; aus einem Zimmer in der Kanalstraße zwei Ueberzieher, ein Anzug und eine Brieftasche; aus je einem Wort in der Rottstraße und in der Hindensstraße die Vestrore; in der Schmechtingstraße, Klosterstraße und Wegelstraße je ein Türdrücker; im Wartesaal 3/4. Klasse eine Brieftasche mit Papieren und Geld; aus dem Bahnhof Nord ein Fahrrad, Warte, „Gerne“ und aus einer Werkstätte in der Mittelbaderstraße ein Paket mit Schokoladen. — Zur Anzeige gelangten: eine Person wegen Körperverletzung, eine Person wegen Sachbeschädigung; zwei Personen wegen Kontinuität; zwei Personen wegen Widerstandes.

Feinschmecker



rauchen nach wie vor

**SALEM:
ALEIKUM
GOLD
ZIGARETTEN**

**Willkommene
Geschenke für Damen
und Herren!**

Für den Beweis herzlicher Teilnahme beim Heimgange meiner lieben Frau, meiner guten Mutter, unseren

innigsten Dank

Namens der Hinterbliebenen:
Andreas Bongartz.

Bochum, den 20. Dezember 1921.
Wittenerstr. 53.

Allen, die unsern lieben Vater das letzte Ehrengelicht gaben, und allen, die uns Beweise herzlicher Teilnahme entgegenbrachten, sagen wir auf diesem Wege unseren

aufrichtigen Dank.

Geschwister Langerich.

Bochum, Dezember 1921.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme, die uns bei dem frühen, unerwarteten Heimgange meines lieben Sohnes, unseres guten Bruders und Schwagers in so reichem Maße zuteil geworden sind, sagen wir hiermit

aufrichtigen Dank.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Ww. Christ. Bertram

Margarete geb. Hesse

Cassel, Wittenhausen, den 20. Dezember 1921.

Stadt Bochum

Bekanntmachung.

Durch Verordnung des Reichsfinanzamts vom 25. November 1921 ist das Inkrafttreten des Lohnsteuergesetzes vom 11. Juli 1921 vom 1. Januar 1922 ab, bestimmt worden.

Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz sind in Nr. 52 des Zentralblatts für das Deutsche Reich am 13. Dezember 1921 veröffentlicht worden.

Bochum, den 20. Dezember 1921.

Stinausamt.

Amt Bochum Süd

Bekanntmachung.

Die festgestellten Rechnungen der Amtskasse Bochum-Süd, der Gemeindefassen Wittenbochum, Laer und Querenburg und der Kriegshilfskassen der drei Gemeinden für das Rechnungsjahr 1919 liegen vom 22. ds. Mts. ab 14 Tage lang zur Kenntnis der Amts- bzw. Gemeindefassen offen, und zwar:

die Amtskassenrechnung und die der Gemeinde Wittenbochum einschl. der zugehörigen Kriegshilfskassenrechnung im hiesigen alten Amtshaus, Zimmer Nr. 5, die der Gemeinde- und Kriegshilfskassen Laer im Gemeindebüro Laer und, die der Gemeinde- und Kriegshilfskassen Querenburg im Gemeindebüro Querenburg.

Wittenbochum, den 19. Dezember 1921.

Der Amtmann: Koch.

Amt Weitmar.

Bekanntmachung.

Hierdurch wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß das Lebensmittellamt am 31. Dezember dieses Jahres aufgelöst wird.

Alle diejenigen, welche Forderungen irgend welcher Art an das Lebensmittellamt haben, werden hierdurch ersucht, solche bis spätestens am 31. dieses Monats schriftlich eingereichen. Eine Verlängerung dieses Terms findet keinesfalls statt.

Weitmar, den 21. Dezember 1921.

Der Amtmann: Boeding.

Amt Langendreer.

Gebührentarif

für die Bezirkschornsteinfeger in dem Amte Werne.

Unter Aufhebung des bisherigen Gebührentarifs wird für das Amt Werne mit Zustimmung der Amtsvertretung folgender Gebührentarif, welcher vom 1. Januar 1922 ab in Wirkung tritt, erlassen:

1. Die Gebühr für das Reinigen eines feigbaren Schornsteines beträgt:

1. in einem einstöckigen Hause 3,05 M.,
2. in einem zweistöckigen Hause 4,10 M.,
3. in einem dreistöckigen Hause 5,10 M.,

für jedes weitere Stockwerk sind 1.— M. mehr zu entrichten.

2. Die Gebühr für das Reinigen eines nicht feigbaren Schornsteines (eines ruffischen Strohes) beträgt:

1. in einem einstöckigen Hause 3,05 M.,
2. in einem zweistöckigen Hause 3,55 M.,
3. in einem dreistöckigen Hause 4,10 M.,

für jedes weitere Stockwerk sind 0,50 M. mehr zu entrichten.

Zu 1. und 2.

Bei Schornsteinen, welche infolge ihrer Anlage mehr denn 2 Meter über die Dachfläche hinausragen, ist jedes weitere Meter mit 50 Pfennig zu berechnen. Für Schornsteinaufsätze, deren Reinigung besonderen Zeitaufwand erfordern, ist eine Gebühr von 1.— M. mehr zu entrichten.

3. Für das Reinigen eines Dienstrohes ist zu zahlen:

1. bei einer Länge bis zu 1,55 M.,
2. bei einer Länge über 5 Meter 2,05 M.

4. Für das Reinigen einer Rauchkammer ist zu zahlen 5,10 M. Für Reinigung einer gewerblich betriebenen Rauchkammer sind für jedes Quadratmeter des vorhandenen flachen Raumes 1.— M. in Ansatz zu bringen.

5. Für das Fortschaffen des Kusses aus dem Hause, das von dem Schornsteinfeger zu besorgen ist, sind für jeden Schornstein jedoch ohne Rücksicht auf die Stockwerke 50 Pfennig mehr zu entrichten.

Die Dachgeschosse gelten dann als Stockwerke, wenn sie ausgebaut sind, ihre Höhe unter der Dachfläche 2,50 Meter und mehr beträgt, oder die Reinigung der Schornsteine vom Dach aus erfolgen muß.

Keller gelten nur dann als Stockwerke, wenn sie selbständige Feuerungsanlagen enthalten.

Bochum, den 20. Dezember 1921.

Der 1. Vorsitz: Stühmeier.

Bekanntmachung.

Durch Beschluß der Gemeindevertretung von Somborn vom 9. Dezember 1921 ist die § 8 der Bedingungen für die Benutzung der Wasserleitung der Gemeinde Somborn vom 3. Juni 1921 dahin geändert worden, daß vom 1. Dezember 1921 ab der für jedes durch den Wasser angezeigte oder Wasser zu entrichtende Preis 90 Pfg. beträgt.

Vangendreer und Somborn, 12. Dez. 1921.

Der Amtmann. Der Gemeindevorsteher.

Frik Träger

Schützenbahn 12/14

Erstes Bochumer

Beerdigungs-Institut

gegenüber dem Bahnhofsgebäude - Tel. 1355.

Lebensversicherungen, Angelegenheiten

für Erb- und Feuer-Versicherungen.

Ueberführungen von u. nach allen Orten.

Särgen nach Verfall für den Bestattungsort.

für die Feuerbestattung.

Trauer-Decorationen - Velocimotoren -

Leichenwägen - Särge, Angelegenheiten

werd. billigem Preise, gewissenhaft ausgeführt.

Bochum, den 20. Dezember 1921.

Stinausamt.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.

Der Amtmann: Koch.



Bochumer Schlegel- Märzen

**Ein kräftiger Trunk!
Dem Münchner ebenbürtig!**

Verfand in Flaschen und Selbstschänkern.

Familien- Nachrichten.

Gehtoben: Antonte
Zur, 32 J., Bochum -
Anna Karsten geb. Upp
hof, 72 J., Bochum -
Auguste Schellhake geb. Diet
rich, 70 J., Werthe -
Hanna Schott, 49 J., Bo
chum - Generalmajor a.
D. Hell, 70 J., Köln -
Hildegard Louise von
Dach, Dortmund - Ber
tha Sittemann geb. von
der Hagen, 70 J., Köln -
Friedrich Bogellang, 72 J.,
Saitingen - Hedwig
Gollapfel, 72 J., Saitingen -
Hermann Emmelhusen, 72 J.,
Saitingen.

Bräutentafel.

Die Stadterhaltung
mit ein Brautentafel
anlegen; gegebenenfalls
sollen alle unbenutzte
oder veraltete Brautentafeln
an die Stadt
abgegeben werden. Diejenigen, an
deren Grundstücken sich
Brautentafeln befinden, werden
hierzu ersucht, dem
Stadtbauamt, Franzstraße
7a, Bochum, B. Nummer 43,
hierüber Mitteilung aus
geben zu lassen.

Bochum, 20. Dez. 1921.
Der Magistrat.

Elfenbein-Rosen- Ohr-Ringe

Beiselstein
Kortumstraße 18



Musik- Instrumente

Violinen, Cellos
Mandolinen
Gitarren
Lauten, Banjos
Harmónicas
Bandoneons
Grammophone
mit und ohne Trichter.
Große Auswahl in
Schallplatten
sowie sämtliche
Zupf- u. Streich-
instrumente zu
billigsten Preisen.
Teilzahlung gestattet.

Bochumer
Musik-Centrale
Rottstr. 46.

Verlobungs-Ringe

moderne Kugelform, ohne
Lötflüge und in allen
Preislagen vorrätig bei

Ludw. Mauer
Uhrmacher und Juweller
Bochum, Marienstraße 14.

Ein Schlager

Einzigartige

für jeden Pflanzraucher:
nur garantiert echte, reine
Tabake. — Beziehen Sie
direkt von der Fabrik.

Sie ersparen viel Geld!

Zur Probe 100 Gramm einer
Sorte. — 400 Gramm als
Musterpostsendung sind
an billigen.

Schutzmarke.

Viele tausende Nachbestellungen und Anerkennungen!

Es kosten versandt in 100- oder
500-Gramm-Packung:

Grobschnitt p. Pfd. 23.— 27.— 30.— u. 32.— M.
Mittelschnitt p. Pfd. 26.— 29.— 32.— u. 35.— M.
Zigarettenabak Haarschnitt in 50- oder 100-Gramm-
Packung, . . . per Pfd. 78.— und 92.— M.

gegen Nachnahme, Packung frei, Von 6 Pfund an
portofrei. Preisliste franko u. gratis.

**Rauchtabak-Fabrik „Weltluft“ Emil Köller,
Bruchsal 522, Baden.**

Eingerichtet mit den modernsten Spezial-
maschinen für Tabakfabrikation.

Korrespondenten

die Post Korrespondenten u.
maschinen schreiben können,
ebenfalls eine perfekte

Stenotypistin.

Schriftliche Angebote
mit Angabe der überlie-
genen Tätigkeit und des
wünschenswerten Termins
unter Verbleiben von
Zeugnisabdrücken unter
Nr. 4374 an die Exped.
d. Bz. erbeten.

Besseres evgl. Mädchen

nicht unter 18 Jahren ausm.
1. Januar für Hausarbeit
geeignet.

Frau Bergscheller Ww.
Bottrop, Heiderstr. 12

Ein tüchtiges
Mädchen
mit guten Zeugnissen für
Küche und Hausarbeit bei
lohnender Arbeit.

Ebere Martine, 24.

Kaufsuche

Alte Gebisse
30 J. bis 12 Mark
wenn verwendbar.
Brennerei, Bochum
samt Nachschub
Jahn-Bräule, Bruchsal 51
am Ende Nr. 51

Gegebenes
Lebensmittelgeschäft
zu mieten oder gegen
Barzahlung zu kaufen
gelucht, Angebots unter
Nr. 4374 an die Exped.
d. Bz. erbeten.

Lehrling

Sohn achtbarer Eltern,
angehört mit Lebenslang
und Befähigung einer
schwierigen Arbeit unter
Aufsicht eines Lehrers
bisher Stellung.

Stadt. Arbeitsamt
Bochum, Franzstraße Nr. 7
Eingang E
(Eingangsfeld - Brauer).

Die männliche Abteilung
Telefon Stadtbüro, Nr.
118 (Hochstr.)
Bauhilfen, Maler,
Klempner, Dreher, u.
sonstige Arbeiter, Klempner,
Bauhilfen, Maler, Klempner,
Bauhilfen, Maler, Klempner.

Die weibliche Abteilung
Telefon Stadtbüro, Nr.
118 (Hochstr.)
Bauhilfen, Maler, Klempner,
Bauhilfen, Maler, Klempner,
Bauhilfen, Maler, Klempner.

Alt-Gold Alt-Platin

alt Silber
kauft ständig

Langen,
Goldschmiedemeister,
Bochum, Humboldtstr. 27.

Quecksilber
kauft ständig hochpreisig
Jahrbuch Nr. 51
auf Seite Nr. 51

Verkaufe
13. elektr.

Leuchter und Stehlampe

billig zu verkaufen.
Schneefeldstr. 26, 1. Et.

**Budenplane
Wagendecken
Waggendecken**

Martien-Segel aus
Seesack, der Marine,
sehr wenig gebraucht
und neue in Frieden-
qualitätsware als wert-
voller Gegenstand
verkauft. Im Lagerhaus
Dortmund, Humboldt-
straße 11a, Bochum.
Tel. 4739.

Lehrling

neulich für ein großes
Lehrinstitut in
Saubere Handarbeit und
gute Schulzeugnisse
erhalten. Angebote mit
Zeugnisabdrücken erbeten.
unter Nr. 4374 an die
Expedition dieser Bz.

Die weibliche Abteilung
Telefon Stadtbüro, Nr.
118 (Hochstr.)
Bauhilfen, Maler, Klempner,
Bauhilfen, Maler, Klempner.

Techniker

mit gut. Fachschulbildung,
der Motor Zeichner sein
und gute Aufstellungsgabe
besitzen muß. Angebote
mit Lebenslauf, Gehalts-
ansprüchen, frühestens
Eingangsdatum ufm. unt.
Nr. 4347 an die Expedi-
tion d. Bz. erbeten.

**Graves, ebrliches
Mädchen**
gegen hohen Lohn gelucht.
Wittenberg, 26.

Stube u. Kinder

Max Sternberg, Bochum
Sohnenallee 11.
Telefon 2350

Die Stube u. die
neuen die Familien-
mann, Weibchen, u.
Kindchen. Hierher-
Stube u. Kinder
angeboten. Habe, nehme
ich bereit als ungar-
ische, Frau u. Bar.
Beratung 10.